



Pressespiegel

Ausgabe: 05.09.2025



IG Bau fordert schärfere Kontrollen für Arbeitssicherheit

Düsseldorf. Mehr Kontrollen von Richtlinien für Arbeitssicherheit in den Betrieben fordert die Gewerkschaft IG Bau Rheinland. Derzeit gebe es zu wenige dieser Überprüfungen, weil der zuständigen Bezirksregierung Düsseldorf entsprechendes Fachpersonal fehle, kritisiert Gewerkschaftssekretärin Ivelina Ivanova. Besonders bei Subunternehmern komme es öfter dazu, dass die Arbeitssicherheit vernachlässigt werde. Die verschiedenen Arbeitsunfälle in der Region in den vergangenen Wochen ordnen IG Bau und die Bezirksregierung als zufällige Häufung ein. Die Entwicklung gehe klar zu weniger Vorfällen. *tokal/Bericht NRW*

NRZ Mantel



Wie gut sind Arbeiter gesichert?

In der Region gab es in den vergangenen Wochen mehrere schwere Arbeitsunfälle

Tobias Kaluza

An Rhein und Ruhr. In den vergangenen Wochen kam es am Niederrhein zu mehreren schweren Arbeitsunfällen. So wurde auf dem Gelände einer Firma in Hamminkeln im Juli ein 18-jähriger Arbeiter lebensgefährlich verletzt und musste mit einem Hubschrauber in eine Spezialklinik geflogen werden. Ebenso wie eine Frau, die Anfang August beim Aufbau für das Festival „Olgas Rock“ schwer verletzt wurde. Eine besondere Häufung dann Ende August: Im Kraftwerk Voerde stürzte ein 50-jähriger rund 12 Meter von einem Gerüst und erlag noch am Unfallort seinen Verletzungen. In Duisburg starb ein 42-jähriger Steuermann auf einem Güterschiff beim Manövrieren. Und ein 36-jähriger Klever wurde schwer verletzt, als sein Bagger umkippte.

Die Häufung der schweren Unfälle wirft die Frage auf, wie gut die Regelungen für Arbeitssicherheit umgesetzt werden und ob sich ein Trend abzeichnet. Oder handelt es sich um eine zufällige Häufung von Vorfällen?



Ein Rettungshubschrauber landet Anfang Juli im Industriegebiet in Hamminkeln, um einen verunglückten 18-jährigen Arbeiter zu retten.

ERWIN POTTGIESSER/FUNKFOTO SERVICES



Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer nehmen die Maßnahmen zur Arbeitssicherheit immer ernster.

Ivelina Ivanova, Gewerkschaftssekretärin der IG Bau Rheinland

Arbeitsunfälle passieren nach Angaben der Gewerkschaft IG Bau Rheinland zumeist in Betrieben, die keine eigenen Fachkräfte für Arbeitssicherheit haben. Das erklärt Gewerkschaftssekretärin Ivelina Ivanova: „Meistens handelt es sich um Subunternehmer von Subunternehmern, die die Arbeitssicherheit nicht besonders ernst nehmen.“

Um Aufträge zu erhalten, sei die Bereitschaft zum Umgehen oder Nichtbeachten von Sicherheitsvorschriften nicht gerade gering, meint sie. „Viele dieser Subunternehmer

beschäftigen ausländische Beschäftigte, die kein Deutsch sprechen.“ Dieser Umstand werde ausgenutzt, um Vorschriften zu missachten.

Dennoch stellt sie klar: Die Häufung von Unfällen in den vergangenen Wochen sei ihrer Einschätzung nach eine zufällige Häufung, so Ivanova. Insgesamt beobachte sie eine positive Entwicklung. „Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer nehmen die Maßnahmen zur Arbeitssicherheit immer ernster.“ Auf Baustellen hängen demnach öfter Schilder wie „xxx Tage ohne Arbeitsunfälle“. Auch würden Beschäftigte vermehrt für Gefahren sensibilisiert, so die Gewerkschaftlerin. „Regelmäßige Sicherheitsunterweisungen werden ernst genommen und werden auf verständliche Art und Weise unter den Beschäftigten vorgetragen.“

Das Land hat das Personal aufgestockt

Besonders in Betrieben, wo es Betriebsräte gibt, gebe es sehr hohe Maßstäbe, was die Arbeitssicherheit auf Baustellen angeht. Allerdings gebe es weiter Verbesserungsbedarf. Auch bei den Kontrollen durch die Bezirksregierung Düsseldorf. Diese seien nicht ausreichend, bemängelt Ivanova. „Die Prüfbehörden sind unterbesetzt und häu-

fig auf Signale angewiesen“, sagt sie. „Aus dem Austausch mit Betriebsräten und Fachkräften für Arbeitssicherheit weiß ich, dass sie oft bemängeln, dass genau diese Betriebe stark unter die Lupe genommen werden und teilweise mehr als einmal im Jahr geprüft werden, ohne dass es einen Anlass dazu gegeben hätte.“ Oftmals sei diesen Betrieben mitgeteilt worden, dass sie in der Prüfung sind, weil sie „leichter zu finden seien“. Das heißt, sie haben feste Anschriften und Ansprechpartner, was wiederum die Dokumentation der Ergebnisse für die Bezirksregierung erleichtert. Wer schwer zu erreichen ist, wird also seltener kontrolliert.

Die Bezirksregierung verteidigt sich, räumt aber die derzeitigen Personalsorgen ein: „Bundesweit ist nach dem Arbeitsschutzgesetz ab 2026 eine Mindestbesichtigungsquote von 5 Prozent der Betriebe vorgesehen“, so eine Sprecherin. Diese werde in 2025 noch nicht erreicht, man sei aber auf einem guten Weg. Das Land habe das Personal aufgestockt, ein Teil befände sich allerdings noch in der Ausbildung.

Auch für die Bezirksregierung widersprechen die vielen Unfälle der letzten Wochen dem allgemeinen Trend. Die Anzahl der Arbeitsunfälle in den vergangenen Jahren sei ste-

tig gefallen, so die Sprecherin. Eine Ausnahme sei das Jahr 2021. „Auch die aktuell gerade auffällige Häufung wird – auch angesichts der bisher bekannten Unfallzahlen aus 2025 – als zufällig angesehen.“ Ein verändertes Risikobewusstsein unter Arbeitnehmern oder eine veränderte Risikobewertung bei den Betrieben habe man nicht beobachtet.

Bei der Sicherheit sind alle Akteure gefragt

Für IG-Bau-Gewerkschaftssekretärin Ivanova sind bei der Arbeitssicherheit alle beteiligten Akteure gefragt. „Jeder Arbeitsunfall ist ein Unfall zu viel. Die Bauherren dürfen den Druck auf die ausführenden Bauunternehmen nicht auf Kosten der Arbeitssicherheit erhöhen“, betont sie. Arbeitnehmer dürften keine Angst vor arbeitsrechtlichen Konsequenzen haben, wenn sie sich weigern, gefährliche Tätigkeiten auszuführen.

„Und die Bezirksregierung soll nicht nur dort prüfen, wo die Betriebe einfacher ausfindig zu machen sind, sondern überall hinschauen“, fordert Ivanova. „Arbeitssicherheit geht vor. Beschäftigte müssen geschützt werden – durch die Bezirksregierung, durch die Arbeitgeber und durch sich selbst.“